

Wissenschaftler und Studenten der Deutschen Demokratischen Republik

BOSTOCK

Ausgehend von den Formulierungen unserer sozialistischen Verfassung über die Rolle der Wissenschaft, Forschung und Bildung in der sozialistischen Gesellschaft sehen die Mitarbeiter des Instituts für Theoretische Physik der Universität Rostock ihre wichtigste Aufgabe darin, den Bildungsinhalt der verschiedenen Stufen der Ausbildung aus prognostischer Sicht neu zu bestimmen und die Forschung auf volkswirtschaftliche wichtige Probleme zu konzentrieren. Prof. Dr. Günter Kelbg, Direktor des Instituts, betonte, daß die Bildung einer Sektion Physik noch in diesem Jahr bedeutet.

DRESDEN

Zu großen Partnern der Industrie haben sich in der Vergangenheit Studenten der Technischen Universität Dresden durch ihre ausgezeichnete Arbeit entwickelt. Gemeinschaftsarbeiten von Studentenzirkeln und vor allem Diplomarbeiten bilden schon wiederholt die Grundlage für Projektstudien.

Unsere Hochschulreform wird zügig verwirklicht

Die bestmögliche Variante für den Bau einer Zentralküche für 4000 Essensnehmer hat beispielsweise die Studentin Heiga Körner in ihrer Diplomarbeit erfolgreich vertritt. Trotz des nur wenigen verfügbaren Baugrundes und beschränkten Baukostenlimits konnte die zukünftige Architektur dem Auftraggeber Mineralölwerk Lützkendorf eine außerordentlich günstige Lösung liefern.

DRESDEN

Eine Sektion „Hydrologie“ wird an der Technischen Universität Dresden gebildet. Damit entsteht eine wesentliche Voraussetzung dafür, alle Forschungsaufgaben in der Wasserwirtschaft zu koordinieren. Neben den naturwissenschaftlichen Grundlagen die-

ses Forschungszweiges wollen die Mitarbeiter der Sektion auch die notwendigen technischen Probleme der Wasserwirtschaft lösen, die den ständig steigenden Bedarf von Brauchwasser für die Industrie und das Trinkwasser sicherstellen helfen. Die Zusammenarbeit von Hydrologen, Wissenschaftlern der Fakultät Bauwesen an der TU und des Instituts für theoretische Meteorologie und Klimalkunde Thüringen in dieser Sektion bietet die Gewähr, daß der Bedeutung des Schwerpunktes Wasserwirtschaft auch in der Zukunft Rechnung getragen wird.

Dieser Konzentration in der Forschung ging die Verlagerung des Institutes für Hydrologie der Berliner Humboldt-Universität und des Insti-

tuts für Hydrobiologie der Karl-Marx-Universität Leipzig an die Technische Universität Dresden voraus.

HALLE-WITTENBERG

Gangbare Wege für die Weiterentwicklung der Kooperationsgemeinschaft Görlitz-Gröditz-Osterburg bis etwa 1980 wollen Landwirtschaftswissenschaftler des Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf der Basis eines Forschungsauftrages erarbeiten. Diese vertraglich festgelegte Zusammenarbeit ist Bestandteil eines Abkommens, das kürzlich zwischen dem Bezirkslandwirtschaftsrat Halle und der Universität getroffen worden ist. Das Abkommen hat zum Ziel, mit wissenschaftlichen Grundlagen zu sichern, daß die Plannaufgaben im Perspektivzeitraum erfüllt werden. An der Vertragsforschung für die künftige Gestaltung industriemäßiger Landwirtschaft beteiligen sich allein sieben Institute der Landwirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität.

bestätigen ihr JA vom 6. April durch gute Taten für die Hochschulreform

Der Begriff „Hochschulreform“ ist aus den Spalten der Westzeitungen und den Diskussionen in Westdeutschland nicht mehr wegzudenken. Außer einigen der feudalen Hierarchie überdurchschnittlich verfehlten Professoren sagt auch niemand, er sei gegen die Hochschulreform. Alle wollen – aber alle wollen etwas anderes...

Was müßte heute eine Hochschulreform in Westdeutschland vor allem?

1. Das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse restlos beseitigen.
2. die Ausbildung demokratische Inhalte sichern – frei von militärischem, rechtschaffinem, antikommunistischem Gedankengut,
3. eine bewußte Erziehung der Studenten im Geiste von Demokratie, Freiheit und Völkerverständigung ermöglichen,
4. die Ausbildung bedeutend effektiver gestalten,
5. ungehinderte Kooperation der Forschung verschiedenster Disziplinen durch Überwindung hierarchischer Strukturen und durch Beschneidung der Gehaltsabstangensetzung von Monopolen und Kriegsministerium gewährleisten,
6. demokratische Gremien und Methoden der Planung und Leitung des Hochschulwesens schaffen, die die Einhaltung dieser Grundsätze, die Schwerpunktshaltung in der Forschung, ihre Finanzierung und die Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse im Interesse der ganzen Gesellschaft überwachen und entscheiden.

In diese Richtung gehen – mehr oder weniger konsequent – die Forderungen der demokratischen Kräfte unter Studenten und Hochschullehram in Westdeutschland und Westberlin, die als Voraussetzung dafür immer deutlicher eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erkennen und sich dafür einsetzen. Darüber schreiben wir in der UZ 15/68:

Gegen diese Bemühungen wird das ganze Arsenal der Unterdrückungsmethoden des imperialistischen Staates und der Monopole selbst angewandt – von Verleumdungen und Raufordkampagnen über Verweigerung von Arbeitsstellen für Studenten und Streichung der Förderungsgelder für ihre Organisation bis zu Exmatriculationen und Organisationsverbößen, ja bis zu Guerillakämpfen, Wasserwerfern und Mord.

Die gleichen Kräfte, die diesen Apparat befähigen, drängen über selbst auf Veränderungen im Hochschulwesen.

Hochschulen unter dem Joch der Monopole

Was wollen die Monopole und ihr Staat?

Formal in vieler Hinsicht das Gleiche: Unter dem Zwang der Entwicklung der Wissenschaft, unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution verlangen die großen Monopole eine höhere Effektivität der Ausbildung. Schwerpunktshaltung in der Forschung, brauchen auch sie die Kooperation der Forschung (die sie selbst durch Geheimhaltung, Patente usw. beschränken), fordern sie sogar eine politische Erziehung der Studenten.

All das aber nur in ihrem Interesse, das nach wie vor bestimmt wird von Prädiktiv, expansionistischen, militärischen Zielen und der Sorge um den Erhalt ihrer Gesellschaftsordnung überhaupt. Politische Erziehung: ja – damit die Studenten als leidende Kooptierungsstelle die Politik der Monopole verstehen können. Effektiveres Studium: ja – sogar mit Förderung durch Konzerne, was aber meist eine feste Bindung an diese Konzerne, ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen (Giftgasproduktion der IG-Farben Nachfolger) bedeutet. Schwerpunktshaltung: ja – aber vor allem auf militärisch relevanten Gebieten und zur Unterstützung der Vorhaben der Monopole in sozialer und territorialer Hinsicht. Zahlreiche Beispiele zeigen, daß alle tatsächlichen Änderungen im westdeutschen Hochschulwesen von den Monopolen veranlaßt wurden und ihnen dienen.

Der Mechanismus der Gleichschaltung

Vier Typen der Einflußnahme der Monopole auf die Wissenschaftsentwicklung und das Hochschulwesen lassen sich unterscheiden:

1. Über direkt von den Monopolen gebildete Institutionen

Zum Beispiel über den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft („Gemeinschaftsaktion der gewerblichen Wirtschaft zur Förderung wissenschaftlicher Forschung,

Lehre und Ausbildung“). Der Stifterverband ist direkt in den zentralen Organen der „wissenschaftlichen Selbstverwaltung“ (siehe 3.) vertreten und hat über Spendentätigkeit Einfluß auf die Orientierung der Hochschulforschung sowie mittels der Wissenschaftsstatistik Einblick in die meisten Forschungsvorhaben. Im 20köpfigen Vorstand des Verbandes sind folgende Konzerne durchführende Männer (Generaldirektoren, Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende und -mitglieder) vertreten: Haniel (2), Mannesmann, AEG, IG Farben (2), Siemens (2), Brown Boverie & Cie., Bosch, Deutsche Bank, Degussa.

Interessant ist, daß man sich heute gar nicht mehr bemüht, die wissenschaftskennende Rolle mit der Spendentätigkeit zu bemaintain. Da das Spendenaufkommen der Monopole seit Jahren stagniert, wurden Studenten laut, die die Notwendigkeit des Stifterverbandes in Frage stellen. Sofort konterte der „Rheinische Merkur“:

„Es wäre indes eine sehr kurz视ige Betrachtungsweise, wenn man auf die Idee kommt, der Stifterverband hätte seinen Zweck erfüllt.“

Was ist also der Zweck des Stifterverbandes? Er und der ihm angegliederte Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft verabschiedeten zwischen 1958 und 1964 20 Empfehlungen und Entschließungen. So schlägt der Gesprächskreis selbst deren Wirkung ein:

„Die Entschließungen und Empfehlungen wurden stets aufmerksam entgegengenommen und von den verantwortlichen Instanzen beachtet.“

Viele von ihnen hatten unmittelbaren Einfluß auf die Erweiterung der Kompetenzen des Bundes im Hochschulbereich. Der Weg der Monopole zur Durchsetzung ihrer Interessen führt also

2. Über staatliche Organe des Bundes und der Länder

Hier geht es vor allem darum, die Kompetenzen der Länder, die nach der Verfassung die Kulturpolitik ohne Bund ausüben, zugunsten des Bundes zu beschneiden und auszuholen. Daraus bildet der

Stifterverband zahlreiche regionale und örtliche Kuratorien, die die Landesregierungen unmittelbar beeinflussen.

Die Kompetenzen des Bundes wurden nach 1955 ständig erweitert:

- 1956 – Atomministerium (unter Strauß)
- 1957 – Vertragsabkommen über den Wissenschaftsrat
- 1962 – Forschungsministerium
- 1964 – Ständige (Begruendungs-) Kommission zur Vereinheitlichung der Wissenschaftspolitik
- 1965 – Kabinettsentscheid für wissenschaftliche Forschung, Bildung und Ausbildungsförderung (Wissenschaftskabinett)
- 1966 – Bildungsrat

Schon die ständige Konferenz der Kultusminister ermöglichte den Einfluß des Bundes; mittels Vertragsabkommen und ständiger Kommission werden völlig unabhängig von Wissenschaftlern vor allem finanzpolitische Fragen zentral entschieden. Der Anteil des Bundes an der Finanzierung von Forschung, Entwicklung und Studienförderung wuchs von 8,6 Prozent 1956 auf 26,2 Prozent 1964, sein Einfluß noch stärker, weil über die Vertragsabkommen auch Ländermittel von der Bonner Regierung vergeben werden können.

Die Konzentration der Entscheidungskraft beim Bund ist nichts anderes als Ausdruck der Verschmelzung der Macht der Monopole mit dem Staat. Die gleiche Verschmelzung ist in den Ländern im Gange, aber notwendigerweise nicht so perfekt, nicht so umfassend.

Organ des Bundes ist auch der 1957 gegründete Wissenschaftsrat. Seine Aufgabe ist die Entwicklung langfristiger Konzeptionen zur Beratung der Bundesregierung, seine Vorschläge („Dringlichkeitsprogramme“ und „Empfehlungen“) sind also nicht verbindlich. Von seinen 39 Mitgliedern berufen die „wissenschaftlichen Selbstverwaltungsorgane“ (siehe 3.) 14, der Bund 6, die Länder 11; 6 weitere werden auf Vorschlag des Bundes und der Landesregierungen berufen. Trotz der formalen Unabhängigkeit von den Monopolen gehören zum Wissenschaftsrat 5 Mitglieder des Stifterverbandes und zahlreiche andere Konzernvertreter, u. a. von der IG-Farben-Gruppe (2), von Thyssen, Haniel, Siemens (2) und Bosch. (Wird fortgesetzt)

WESTBERLIN

TU-Bergbaufakultät wurde ein Opfer der „Ruhrkrise“

Ein Opfer der verbrecherischen Energiepolitik Bonns im Interesse der westdeutschen Monopole, die zur sogenannten Ruhrkrise führte, ist auch die Fakultät für Bergbau und Hüttewesen der Technischen Universität Westberlin. Ihre Studentenzahlen sind in den letzten neun Jahren ständig gesunken. Während 1959 noch 500 Studenten an dieser Fakultät immatrikuliert waren, sind es heute nur noch 330, obwohl die Fakultät inzwischen ein Fassungsvermögen von 600 Studenten hat.

WESTDEUTSCHLAND

Mit Stahlruten gegen griechische Studenten

Mit Stahlruten und Schlagstöcken schlugen griechische Faschisten auf griechische Studenten ein, die ihren Unwillen über

UZ 16/68, Seite 6

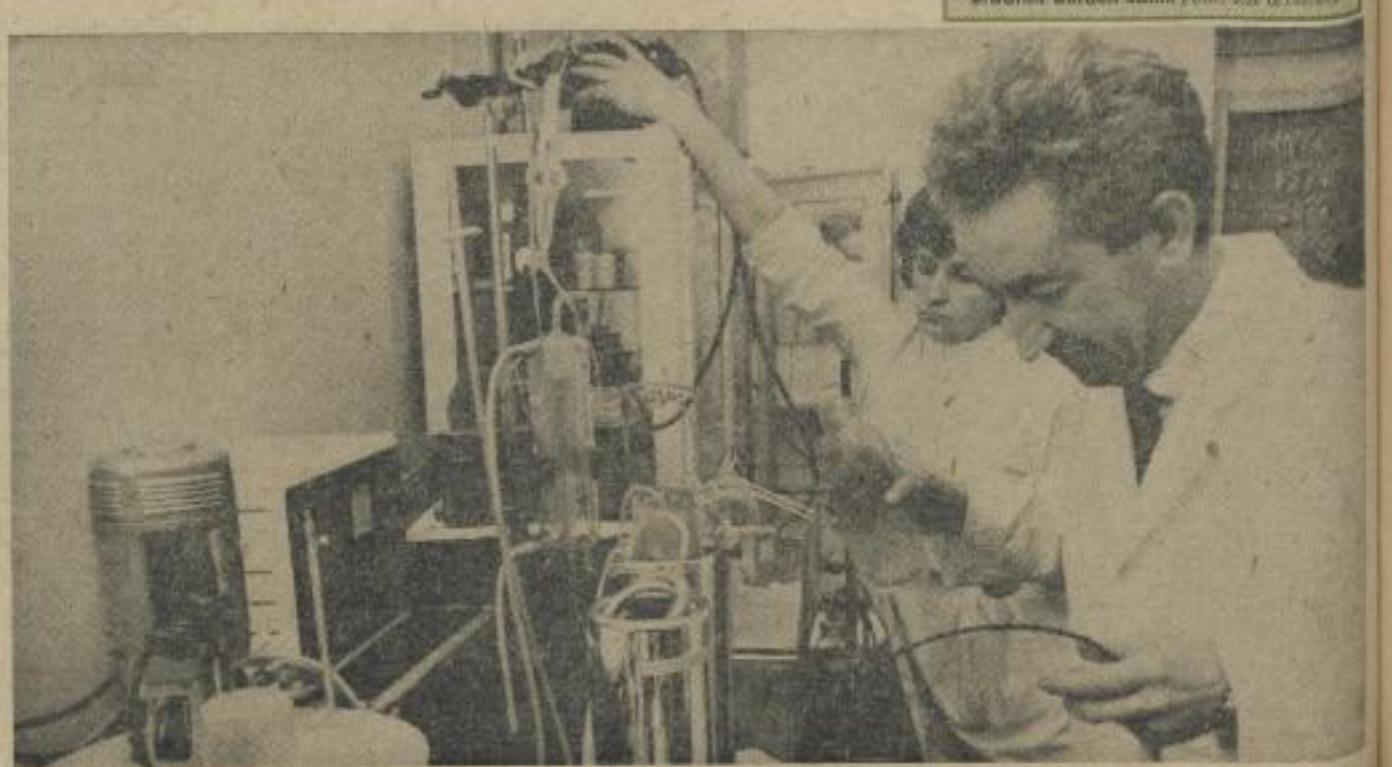
die Verherrlichung des Athener Terrorregimes in einer Feierstunde der Botschaft in Bonn Ausdruck gaben. Von den zahlreichen Verletzten mußten zwei Schwerverwundete sofort ins Krankenhaus transportiert werden. Mit einer roten Fahne, einer Fahne der südvietnamesischen Befreiungsfront und dem Gesang der Internationale demonstrierten griechische und westdeutsche Studenten ihre Solidarität mit dem geknechteten griechischen Volk.

SP-Bundts Außenministerium beruhigte, dem griechischen Botschafter das Bedauern über die Störung der Feier auszudrücken.

AUSLAND

Proteste im Unterhaus gegen Visumverweigerung für DDR-Professor

Aus Protest gegen die Verweigerung eines Besuchervisums für Prof. Trampold, Professor für Meteorologie an der TH in Karl-Marx-Stadt, will sich der Sprecher der Liberalen Partei im britischen Unterhaus, Lubbock an das britische Außen- und Innenministerium wenden. Prof. Trampold sollte auf einer Konferenz des Institut of Mechanical Engineers in Oxford einen Vortrag halten.



WELT

DER WISSENSCHAFT

Forschungen in Riga bestätigen Steenbeck-Theorie

Einen Dokumentarfilm über die Zusammenarbeit von Physikern aus der DDR und aus Sowjet-Letland über die Erforschung des Magnetfeldes der Erde hat das lettische Fernsehen aufgenommen. Der Film schildert die Untersuchungen, die auf diesem Gebiet vom Institut für Magnetohydrodynamik in Jena und vom Institut für Physik der Lettischen Akademie der Wissenschaften betrieben werden. Die in Riga durchgeführten Experimente verdeutlichen die Theorie von Prof. Max Steenbeck über Prozesse im Erdinneren, die das Magnetfeld der Erde erzeugen. Die Aufnahmen zu diesem Film wurden in Berlin, Jena und Riga gedreht.

Krakow gründete Institut für Tropenlandwirtschaft

Ein Hochschulinstitut für Land- und Forstwirtschaft der tropischen und subtropischen Länder ist in Krakow gebildet worden. Es wird polnische Fachleute der Forst- und Landwirtschaft sowie Tierärzte, die in zunehmendem Maße zur Unterstützung von Landwirtschaftsbetrieben, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten von Entwicklungsländern ins Ausland fahren, auf ihren Einsatz vorbereiten.

Hier bieten sich für Leipziger Wissenschaftler erweiterte Möglichkeiten der Zusammenarbeit. An der Karl-Marx-Universität befindet sich das Forschungs- und Ausbildungszentrum der DDR auf dem Gebiet der tropischen und subtropischen Landwirtschaft und Veterinärmedizin, die schon beachtliche internationale Auszeichnungen erworben hat.

Internationale Erprobung neuer Leberkrebs-Frühdiagnose

Nach einer Meldung der Zeitung „Sovjetskaja Rossiya“ ist eine neue Methode der frühen Leberkrebs-Diagnose, die sowjetische Wissenschaftler entwickelt haben, jetzt durch Versuche französische Wissenschaftler bestätigt worden. Als Resultat sechsjähriger Arbeit vorgelegt: Die Arzte folgendes Ergebnis: Vorgelegte Leberkrebszellen produzieren einen bestimmten, spezifischen Zweielfstoff, den sie in die Blutbahn abgeben. Dieser Zweielfstoff taucht auch schon im frühesten Stadium der Krebskrankung auf; man kann ihn schnell, einfach und völlig schmerzlos nachweisen.

Auf Vorschlag des Internationalen Krebszentrums werden Wissenschaftler aus Kenia, Uganda, Kongo (Kinshasa), Nigeria, Senegal und Singapur, wo Leberkrebs-Erkrankungen viel häufiger als in Europa auftreten, das Bluterium der Krebszellen unter bestimmten Chlormen nach Moskau, Astachow oder Paris senden, um es dort nach dem Vorhandensein des spezifischen Zweielfstoffes untersuchen zu lassen, d. h. praktisch die Diagnose zu stellen.

Das Experiment wird ein Jahr in Anspruch nehmen. Danach werden sich alle an ihm Beteiligten Wissenschaftler in Gefahren und ihre Resultate mit denen der Gewebeanalyse, die man parallel dazu erstellt hat, vergleichen.

Kaninchenerz schlug neun Stunden in einer Nährlösung

Im Forschungslabor der amerikanischen Universität von Illinois ist es gelungen, das herausoperierte Herz eines Kaninchens halb Stunden in einer kräftigen Nährlösung am Leben zu erhalten. Die Lösung enthält etwa alles, was der Körper normalerweise dem Herzen zuführt – ein Gemisch von Sauerstoff, Plasma, Hämoglobin, Milchsäure, Glukose, Kaliump, Kreatinin und anderen Spurenstoffen.

Gefrierversuche am Herzen

Seit Januar 1968 werden auch im Institut für Kreislauftforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin Versuche mit Kaninchenerzen durchgeführt, die die mögliche Aufbewahrungsdauer des isolierten Herzens verlängern sollen. Es soll festgestellt werden, ob bei bestimmten Bedingungen unter Zusatz eines Konservierungsmittels ein Herz auf Temperaturen um -20°C bis -25°C abgekühlt und anschließend ohne Funktionsbeeinträchtigung wieder erwärmt werden kann. Foto: ZB (Frankfurt)